

Ersteinst
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz)
Verlag
H. Deter, Industrieallee
Kleefeld-Zürich
Postsendungen
franco gegen Franco.
Gewöhnliche Briefe
nach der Schweiz fallen
Doppelporto.

Der Sozialdemokrat

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie

Abonnements
werden nur beim Verlag und
bei den bekannten Agenten ent-
gegengenommen und zwar zum
voraus zahlbaren
Vierteljahrsbetrag von:
Fr. 2. — für die Schweiz (Kreuzband
Nr. 2. — für Deutschland (Kreuzband)
Fr. 1. 20 für Österreich (Kreuzband)
Fr. 1. 30 für alle übrigen Länder des
Weltverkehrs (Kreuzband).

Inserate
Die dreizehnlige Zeitspalt
25 Cts. — 20 Wfs.

Nr. 45.

Sonntag, 7. November.

1880.

Wiss an die Korrespondenten und Abonnenten des „Sozialdemokrat“.

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, bezug, verfaßt wird und die dortigen Behörden für alle Fälle geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erleichtern, resp. Briefe von dort an uns und unsere Zeitungs- und sonstigen Zusendungen nach dort abzulassen, so ist die äußerste Rücksicht im Postverkehr notwendig und darf keine Rücksichtnahme veräußert werden, die Briefmarken über den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu täuschen, und letztere dadurch zu fällen. Haupterforderniß ist hierzu einseitig, daß unsere Briefe so leicht

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag selbst abzurufen, sondern sich möglichst an irgend eine unbedenkliche Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß auch uns möglichst unverfängliche Zustellungsadressen mitgeteilt werden. In zweifelsfällen empfiehlt sich jedoch größter Sicherheitsempfehlung. Gebiet an uns liegt, werden wir gewiß weder Mühe noch Kosten sparen, um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Parteigenossen! Vergeßt der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Parteigenossen!

Der Belagerungszustand hat seinen Einzug in Hamburg, Altona, Ottensen, Wandersbeck und Umgegend gehalten. Zahlreiche Ausweisungen sind bereits erfolgt und weitere werden noch kommen.

Da ist es die Pflicht der deutschen Sozialdemokraten allerorts, im Inland wie im Ausland, die von der brutalen Gewalt um ihrer Ueberzeugung willen brotlos gemachten und vertriebenen Genossen und ihre des Ernährers beraubten Familien mit allen Kräften brüderlich zu unterstützen.

Steuere jeder, so viel als ihm seine Verhältnisse irgend gestatten und so schnell als möglich, sein Scherflein bei. Und sendet die gesammelten Gelder sofort an bekannte Vertrauensmänner, beim Mangel einer Adresse auch an uns.

Thue jeder seine Parteipflicht! Zeigen wir unsern verfolgten Genossen, daß sie in der Noth nicht verlassen sind! Zeigen wir unsern Feinden, daß alle ihre Geschosse machtlos abprallen am unüberwindlichen Schilde unserer Ueberzeugungsstärke und unserer Solidarität!

Die Redaktion.

Ein weiterer Schritt zum Ende!

Was längst zu erwarten war, ist endlich erfolgt: der kleine Belagerungszustand ist über Hamburg, Altona und Umgegend verhängt. Zu dem „belagerten“ Gebiet gehören außer den genannten Städten: die Kirchspielvoigteibezirke Blankenese und Rumburg, die Städte Pinneberg und Wedel, die Kirchspielvoigteibezirke Reinbeck mit 24 Gemeinden und Bargteheide mit 24 Gemeinden, sowie die in denselben eingeschlossenen Gutsbezirke, die Stadt Wandersbeck, die Landvoigteibezirke Schwarzenbeck mit 28 und Lauenburg mit 22 Gemeinden, sowie die von denselben eingeschlossenen Gutsbezirke, d. h. die sämtlichen Güter des Fürstentums Bismarck, und die Stadt Vahrenburg. Das neue Belagerungszustandsgebiet umfaßt 20 Quadratmeilen mit mehr als 600,000 Einwohnern. Aus diesem ganzen Bezirk können nunmehr „auf die Dauer eines Jahres“, vom 29. Oktober angefangen, „Personen, von denen eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit zu befürchten ist“, d. h. welche der Polizei unangenehm sind, ausgewiesen werden.

Wie sich ebenfalls voraussehen ließ, hat die Polizei auch sofort begonnen, von dieser Befugnis den umfassendsten Gebrauch zu machen. Die von Gen. Blos herausgegebene „Ge-richtszeitung“, welche im größten Format erschien und eine Auflage von 12000 hatte, wurde trotz ihrer überaus reservierten Haltung verboten. Vor allem aber machten die Gewalthaber bereits weitgehenden Gebrauch von der Ausweisungsbefugnis: zur Stunde, wo wir dies schreiben — 3. November — ist uns zwar noch nichts Näheres über die Anzahl und die Namen der Ausgewiesenen bekannt; aber eine Drahtnachricht meldet uns, daß die Zahl Deter, welche nach einer dreitägigen Galgenfrist von ihrer Heimath und Arbeitsstätte vertrieben werden, eine „sehr große“ ist!

Was sollen wir zu dieser neuesten Gewaltthat sagen? Was man darüber sagen kann, ist schon bei Verhängung des berliner Belagerungszustandes bis zum Ueberdruß gesagt worden und neues läßt sich nichts geltend machen. Daß ein solcher Ausnahmezustand, die Unterdrückung der wichtigsten und unentbehrlichsten Menschen- und Bürgerrechte, eine Willkürhandlung ohne Gleichen ist, ein Akt, das keinem andern Recht entspringt als dem Faustrecht, dem „Recht“ des Stärkeren; daß fortan ein und dreierlei Millionen Deutscher, ungefähr der fünfundsiebenzigste Theil der Bevölkerung des Reiches und ihre ganze Existenz dem jeder Verantwortlichkeit überhobenen Willkür der Polizei überantwortet sind; daß diese Waffe zwar wohl die einzelnen Sozialisten schwer schädigen und allen ihren Gesinnungsgenossen Opfer auferlegen wird, die Sache der Partei, welche zu Tod getroffen werden soll, aber nicht im geringsten zu beeinträchtigen vermag; daß aber durch diese Maßregel die Verbitterung nur immer vergrößert wird — das alles weiß jeder politisch denkende Mensch und wissen ins-

besondere unsere Feinde, die jene Waffe geschmiedet und ihre Wirkungslosigkeit bereits erprobt haben.

Oder sollen wir davon sprechen, was wir der Maßregel der Regierung gegenüber zu thun haben? Daß es unser aller Pflicht ist, den von der Willkür unserer gemeinsamen Feinde Betroffenen nach Möglichkeit helfend zur Seite zu stehen, das brauchen wir Sozialdemokraten wohl nicht erst zu sagen. Daß unsere hamburgischen Genossen sich durch den gefährlichen Streich nicht im geringsten einschüchtern lassen, sondern nur desto eifriger, wenn auch geheimer wirken werden, das hoffen wir und werden wir uns in dieser Annahme sicher nicht täuschen. Daß dieser Streich den deutschen Sozialdemokraten den letzten, hier und da vielleicht noch zurückgebliebenen Rest faustlicher Denkungsart und eifriger Hoffungslosigkeit gründlich austreiben und auch den Mildesten und Gleichmüthigsten hassen lehren wird mit ganzer Seele und allen Fasern des Herzens, bis zur Vernichtung, — das ist zu natürlich, um erklärt zu werden und die weniger blinden unserer Gegner wissen das nicht nur, sondern schauern auch vor dieser Drahtensaat.

Oder sollen wir Drohungen aussprechen? Unsere Feinde wissen so gut als wir, daß wir im jetzigen Augenblick nicht in der Lage sind, Gewalt mit Gewalt zu vertreiben; sie wissen aber nicht weniger genau, daß es uns am guten Willen nicht fehlt und daß wir im ersten Augenblick, wo wir die Macht dazu haben werden, unfehlbar ihnen ihre eigenen Mittel eintränken werden, daß ihnen darob Hören und Sehen vergehen soll und daß sie daran für immer gedenken sollten, wenn wir nicht dafür sorgten, daß ihnen mit der Herrschaft zugleich das Gedächtniß verloren gänge. Der Unterschied zwischen unserer und unserer Feinde Erkenntniß liegt nur darin, daß letztere entweder aus Uebermuth oder Angst oder sonstiger Beschränktheit nicht glauben oder nicht glauben wollen, daß jemals eine Zeit kommen könnte, wo wir Hammer und Sie Ambos sein werden. Wir aber wissen, daß diese Zeit kommen wird, ja wir sind der Ueberzeugung, daß sie, wenn auch nicht sehr nahe, doch nicht mehr fern ist. Und wir beide werden nach unserer Ueberzeugung und unsern Wünschen weiter handeln. Die herrschende Klasse wird ihr Bedrückungssystem so lange fortsetzen und immer mehr zuspinnen, bis des Volkes unendliche scheinende Geduld doch ein Ende hat. Wir aber werden dahin wirken, daß das Volk bald zur Einsicht kommt und die Waffen vorbereiten, mit denen es seinen Peinigern den Garaus machen wird. In jenem wird sich die herrschende Klasse, in diesem werden wir uns durch nichts behindern lassen; so war's zu allen Zeiten — es ist der Gesichts chernee Maß.

Wozu da die Sprache der Drohung? Oder sollen wir uns mit der der gerechten Empörung waffnen? Man würde sie nicht verstehen. Wozu überhaupt viel und große Worte machen? Ein Appell an die Gerechtigkeit wäre ebenso lächerlich, als einer an das Mitleid unwürdig wäre; die Stimme der bloßen, berechnenden Vernunft aber wird durch die Leidenschaft des Herrschens erstickt. Gewaltmenschen, Erfolgsheteren imponirt nur die Gewalt, der Erfolg; sie verstehen keine andere Sprache, als die zwingende, vernichtende Sprache der Thatfachen. Benützen wir die Zeit der Belagerungszustände und Sozialistengeize, der wachsenden wirtschaftlichen Noth und der Steuererhöhungen dazu, um uns diese Sprache zu eigen zu machen; werden wir um die Gewalt und bereiten wir den Erfolg vor. Aber die Gewalt und den Erfolg in Wirklichkeit, nicht bloß in Träumen und auf dem Papier. Reden wir nicht, sondern handeln wir.

Was ist da noch zu sagen? Wir sagen einfach: Die Maßregel der Regierung ist ein weiterer Schritt zum Ende der Klassenherrschaft, zum Ende des Volkseleudes. Die heutige Gesellschaft rollt unaufhaltsam dem Abgrund zu; jeder neue Belagerungszustand, jedes neue Ausnahmegegesetz, jede neue Unterdrückung zeigt, daß sie einen weiteren Schritt auf der hoffnungslosen Bahn zurückgelegt. Stören wir also ihre Reise nicht, sondern bereiten wir uns auf den Augenblick, wo es gilt, die am Ende angelommene und sich in Todesangst an den Rand klammernde in das Grab zu stoßen und über ihren Gebeinen den ewiggrünenden Freiheitsbaum des freien Volksstaats zu pflanzen!

Revolution oder Reform?

II.

Wir haben im Verlauf unseres vorigen Aufsatzes gezeigt, zu welchen Ergebnissen es führen müßte, wenn wir uns darauf verlegten, „so schnell als möglich“ eine Revolution zu „machen“. Die deutsche Sozialdemokratie hat denn auch diese Revolutions- oder besser Putschmacherei stets als Sache politischer Kinder

und der — Polizei betrachtet, und wenn Auer die „blutige Revolution“ in diesem Sinne meint, dann hat er vollkommen recht, daß die deutsche Sozialdemokratie nie eine Partei der bloßen Revolution, der Revolution um jeden Preis gewesen ist und daß sie es auch trotz des Ausnahmegesetzes nicht werden soll.

Wir glauben, wir können die Stellung der deutschen Sozialdemokratie zu der Putschmacherei nicht besser kennzeichnen, als indem wir zwei Aussprüche eines früheren sozialdemokratischen Schriftstellers wiederholen. In seiner „Die Lösung der sozialen Frage“ betitelten Schrift schreibt — Joh. Most bei Aufzählung der Vorgänger des heutigen Sozialismus: „Endlich bleiben noch die Verschwörerklubs zu erwähnen, welche in den 30er und 40er Jahren in Frankreich existirten, und die auf Einführung einer sozialen Republik hinarbeiteten. . . Man weiß nicht, was man dabei mehr bewundern soll, die zu Tage getretene ungläubliche Kühnheit oder den Wahnsinn ihrer Illusionen. Was soll man z. B. dazu sagen, daß im Jahre 1839 Blanqui mit etwa 300 Gleichgesinnten mit bewaffneter Hand Paris zu nehmen und die Republik zu proklamiren sich anschickte? Man steht allerdings staunend vor einer solchen Thatfache, aber man muß nichtsdestoweniger sein Bedauern darüber aussprechen, daß sie stattgefunden hat. Denn daß sie auf dem Boden der Extravaganz gewachsen ist, ist bei weitem noch nicht das Schlimmste; dieses besteht vielmehr darin, daß selbst heutzutage noch . . . den Sozialisten im allgemeinen der Vorwurf des Putschmachens an den Kopf geworfen wird.“ An einer anderen Stelle, in einem „Revolutions-Angstschrei“ betitelten Aufsatz, sagt derselbe Joh. Most wörtlich: „Diese (gegnerischen) Dichtungen stellen die Sache so dar, als ob man im sozialdemokratischen Lager an nichts anderes denke, als an einen Kampf mit dem Knittel in der Faust, an Straßenkrawalle und Petroleum-Mordbrennerien, kurzum an die allgemeine „Verungenerung“. Würden diejenigen, welchen derartige Mordgeschichten vorgetragen werden, nur einigermaßen über dieselben nachdenken, so müßten sie ganz von selbst zur Ueberzeugung gelangen, daß es mit dem Sozialismus gute Wege habe, wenn seine Anhänger mit Plänen von der gekennzeichneten Art schwanger gehen. Denn es liegt auf der Hand, daß man mit Putschmachern mit leichter Mühe fertig werden kann, daß sie gründlich in die Pfanne gehauen würden, sobald sie Hand ans Werk legen wollten und daß mithin solche nur sich selbst gefährlich werden könnten.“ Die Zeit der Putsche, der Verschwörungen und Illusionen liegt aber glücklicherweise hinter uns. Der moderne Revolutionär weiß, gewißigt durch die bitteren Erfahrungen seiner Vorgänger, mit den gegebenen Thatfachen zu rechnen. Weit entfernt, sich als Heraufbeschwörer oder „Macher“ von Volksbewegungen anzusehen, fühlt er sich lediglich als Organ der in Fluß gerathenen sozialen Elemente und handelt von diesem Gesichtspunkte aus. . .

Freilich hat der Schreiber der angeführten Aussprüche seine Meinung seitdem bedeutend geändert und was der ehemalige Sozialdemokrat Most als Illusionen, Extravaganz, Wahnsinn bezeichnet hat, was er als gegnerische Dichtungen und ungerechtfertigten Vorwurf zurückwies, was er als Dummheit verpöbelte, die „glücklicherweise hinter uns liegt“, — alles das bildet die Glaubenslehre des heutigen Anarchisten und „Sozialrevolutionärs“ Most, den Inbegriff seiner Weisheit und seiner „Thaten“. Diese Verleugnung der alten Grundsätze kann aber uns, die wir uns nicht geändert haben, sondern Sozialdemokraten geblieben sind, nicht beirren. Was wir einmal als Wahrheit erkannt, das halten wir fest, und ändern unsere Ueberzeugungen nicht mit dem Wohnort.

Noch eine, zum Abschluß der Revolutions- und Putschmacherei gehörige Frage müssen wir, bevor wir zur positiven Aufgabe der Sozialdemokratie übergehen, in Kürze berühren. Wir meinen die vereinzelt aufgelehnung gegen die Unterdrückung, und den Königs-mord oder die Attentäterei. Wie oft haben Unwissende und Unüberlegte es nicht den deutschen Sozialdemokraten zum Vorwurf gemacht, daß sie alle die unerhörten Unverschämtheiten und Herausforderungen der deutschen Polizei so „schafsgeduldig“ über sich ergehen ließen und nicht „Vergeltung“ und „Rüchtigung“ übten. Dagegen wird von gewissen Leuten jede Auflehnung gegen einen Arbeiter-schinder, gegen die Polizei und vielleicht sogar gegen den Nachtwächter, jede Balgerei und jeder Krawall als ein

*) Noch in der „Freib.“ vom 8. Febr. 1879 wieder abgedruckt.
**) Doch nicht nur sich selbst, sondern dem ganzen Volk und seiner Entwicklung.

Zeichen des „revolutionären Geistes des Volkes“, als eine Heldenthat gepriesen. Demnach wäre also derjenige, welcher am wenigsten die Verhältnisse in Betracht zieht, am wenigsten überlegt, sich am wenigsten zu beherrschen versteht und am leichtesten vom Segner zu beliebigen Unüberlegtheiten herausgelassen läßt, — der wäre der richtige Mann und der wahre Politiker und gefährlichste Revolutionär.

Es ist die reine verkehrte Welt, und man hat hier einen neuen Beweis, wie der Geist, wenn er einmal auf Abwege geräth, bald nirgends mehr einen Halt findet und jedes Verständnis für die Gesetze des vernünftigen Denkens und der Schlussfolgerung verliert. Dem vernünftigen Menschen gilt derjenige als der Klügste und hat der die meisten Aussichten auf Erfolg, der die Verhältnisse am besten zu beurtheilen und zu überlegen versteht und ebenso überlegt handelt. Wer nun nur ein wenig überlegt, der wird sich sagen müssen, daß man durch Einzelhandlungen nie gegen ein so gewaltiges, festgefüßtes Ganze, wie Staat und Gesellschaft, ankämpfen kann. Es ist das nicht viel anders, als wenn ein Fange mit einem Stein nach einem Haus wirft, in dem sein Feind wohnt. Er kann ja einmal ein Fenster treffen, aber dann wird er um so sicherer beim Ohr genommen. Ein unverschämter Hausfuchser zur Treppe hinuntergeworfen, ein frecher Polizist gezüchtigt, ein gemeiner Gefängnißhelfer vor die Thür gesetzt, ein proziger Ausbeuter durchgeprügelt oder ihm sein Eigenthum beschlagnahmt, Gerichte verhöhnt — das ist ein Leichtes und es gehört dazu meist nicht einmal viel Muth, sondern nur Zorn. Was aber darnach? Dann kommt die sich nach jedem Widerstand steigende Gewalt des Staates, und es heißt entweder Verzeigung geben oder die Gewalt über sich ergehen lassen. Man kann der Gewalt gar keinen größeren Gesellen thun, als indem man ihr Gelegenheit, sich zu äußern, gibt, d. h. natürlich so lange sie die Voraussetzungen des Sieges hat, und das ist natürlich dem Einzelnen gegenüber immer der Fall. Welche Freude würden wir der Regierung nicht bereiten, wie sehr würden wir nicht die geheimsten Herzenswünsche unserer Feinde erfüllt haben, wenn wir uns z. B. im Hölde- und Nobilingjahr hätten dazu hinreißend lassen, unsern gerechten Ingrimm über alle die unzähligen Demüthigungen, Beleidigungen, Beschimpfungen, Mißhandlungen, welche uns Bourgeoisie und Regierung zufügten, in unüberlegten Handlungen des thätlichen Widerstandes Luft gemacht hätten! Polizei und Regierung lechzten ja förmlich nach Widerstand, um zur offenen Gewalt greifen zu können, und ein berstener Polizeioffizier hat seiner Wuth über die Unzugänglichkeit der Sozialdemokraten gegen jede Herausforderung bekanntlich offen Ausdruck gegeben.

Freiwillig auferlegte Zurückhaltung, während jede Kaiser vor Empörung juckt und man sich der Kraft seiner Faust bewußt ist, im Bewußtsein, daß man dadurch die Anschläge des Gegners durchkreuzt und im Dienst einer großen Sache, — das ist nicht nur eines vernünftigen denkenden Menschen würdiger, sondern erfordert auch hundertmal mehr moralischen Muth, als zornmüthiges Vorköschlagen. Noch nie haben wir die Berliner Genossen so bewundert, als im Attentatsommer und bei den darauf stattgefundenen Wahlen, wo eine Beschimpfung, Kränkung und Aufreizung der anderen folgte, wo jeder bekannte Sozialist auf der Straße belästigt, aus dem Gasthaus gewiesen, von jedem Polizisten angeschauert, ja auf offenem Platz untersucht wurde und doch jeder sich bewußt war, daß er seine berechtigten Gefühle einem höheren Interesse zu Liebe hinunterwürgen und den naturgemäßen Drang nach Vergeltung vertagen müsse, „bis ein Tag die allgemeine und die besondere Schuld auf einmal zahlt“.

Nun nur noch ein Wort über den in neuerer Zeit besonders gepriesenen Königsmord. Und dann, nachdem wir gesehen haben, was wir nicht thun dürfen, zu dem, was wir thun sollen.

Ein Blick hinter die Kulissen.

Jeder verständige Politiker hat sich gewiß schon häufig über die unbegreifliche Verblendung gewundert, mit welcher die Hohenzollern die Handhabung der inneren Politik des Systems Bismarck gesehen lassen. Wer nicht die ganze Zukunft der Dynastie und der Monarchie für augenblickliche Erfolge auf das Spiel setzen will, wird nicht begreifen, wie es möglich war, daß das Sozialistengesetz und nun gar die Verhängung des kleinen Belagerungszustandes über Berlin und Umgegend die „allerhöchste“ Zustimmung finden konnte. Ist diese Maßregel doch ein unwiderleglicher Beweis dafür, daß von allen deutschen Fürstenthümern die Hohenzollern allein sich vor den Ausbrüchen der Liebe und Verehrung ihrer Untertanen fürchten, daß bei ihnen allein das Bismarck'sche Wort, nach welchem „der Apell an die Furcht im deutschen Herzen keinen Widerklang findet“, nicht zutrifft.

Auch wir haben vieles, was geschehen ist, für höchst unlogisch und widerspruchsvoll gehalten, weil wir den inneren Zusammenhang nicht kannten. Durch eine Mittheilung aus der nächsten Umgebung der kronprinzlichen Familie ist uns nun aber ein Blick hinter die Kulissen geworden und sind wir dadurch in die Lage versetzt, den Schleier von dem schamlosen Intriguenpiel wegzuziehen, mit welchem das ganze deutsche Volk bisher täpelt worden ist. Was bei Hofe seit Jahren vorgegangen, es ist nichts mehr und nichts weniger als eine neue Auflage jener nichtswürdigen Komödie, welche Hinkeldey seiner Zeit Friedrich Wilhelm IV. gegenüber aufführte, um sich allein als Schützer der „königlichen Person“ hinzustellen. Hinkeldey ließ bekanntlich durch den Leutnant Penze eine „Verschwörung“ zurecht machen. Minister Mantuffel, der den Schwindel kannte und den übermächtigen Einfluß des Polizeipräsidenten brechen wollte, warnte persönlich einzelne von den beteiligten Personen, so daß Alle, mißtrauisch gemacht, den Bertheit miteinander einstellten. Aber Hinkeldey wußte Rath. Die angeblich von den „Verschwörern“, in Wirklichkeit aber mit seinem Wissen angefertigten unbrauchbaren Handgranaten lagen auf einem Tischchen der Hausknechtlichen Kabrin in der Alexanderstraße in Berlin; Hinkeldey kannte den Platz ganz genau. Eines schönen Tages nun, als Mantuffel die Entlassung Hinkeldey's endlich durchgeleitet zu haben glaubte, ließ Ehren-Hinkeldey plötzlich Hunderte von Personen verhaften, die Feuerwehr rückte vor die Hausknechtliche Kabrin, mußte dort

das ganze Dach abdecken, um die paar Hohlkugeln mit möglichstem Applomb zu finden. Diese Dinger, einige Büchsen, Pulver, Kugeln, Messer und Dolche wurden in einem Zimmer des Polizeipräsidentens malerisch gruppiert aufgestellt — und nun holte sich Hinkeldey den König am Sonntag aus dem Dom ab, führte ihn in das glücklich „entdeckte“ Arsenal der Revolutionäre und Königsmörder und bewies durch den Augenschein, daß er allein noch im Stande sei, das Leben und die geheiligte Person des Königs vor den Mordwaffen der Attentäter zu schützen. Um dieser schauderhaften Komödie halber gingen Dr. Labendorf und Genossen auf Jahre in's Zuchthaus.

Soviel über die damalige Intrigue. Sehen wir nun, was sich in den letzten Jahren in Preußen abgespielt hat.

Als Bismarck Minister wurde, konnte er anfangs niemanden finden, der unter, bezw. neben ihm ein Minister-Portefeuille annehmen wollte. Da griff er zu bis dahin völlig unbekanntem, untergeordneten Personen, wie z. B. zum Grafen zur Lippe, der vom Staatsanwalt zum Justizminister avancirte. Das Ministerium des Innern wurde dem Grafen Eulenburg übertragen, der sich durch seine Reise nach Japan für den Posten vorbereitet hatte. Graf Eulenburg, der dauerhafteste Minister unter Bismarck, wie er scherzweise genannt wurde, hat es verstanden, sich durch persönliche Liebenswürdigkeit, besonders aber durch die vielen kleinen Dienste, die ein flotter Junggeheule, der die ganze Fremden- und Sittenpolizei unter seinem Kommando hat, hochgestellten Personen leisten kann, so beliebt bei Hofe zu machen, daß es Bismarck trotz wiederholter Versuche nicht gelungen ist, ihn zu stürzen. Eulenburg I. sorgte dafür, seine Verwandten, Freunde und Anhänger in den unscheinbaren aber einflußreichen Stellen des Hofstaates einzuschmuggeln. Wie der jetzige Minister Eulenburg II. vom einfachen Landrath des Deutsch-Kroner Kreises so puffert wurde, daß er der Nachfolger seines Onkels wurde, so sitzt auch die Eulenburg'sche Kastei jetzt überall bei Hofe, besonders in der nächsten Umgebung der kronprinzlichen Familie.

Es ist bekannt, daß Bismarck nach vergeblichen Versuchen, den Eulenburg'schen Einfluß zu brechen, sich denselben dadurch dienstbar zu machen suchte, daß er seine Tochter zwang, sich mit dem Grafen Botho Eulenburg zu verloben. Der Tod des Bräutigams verhinderte zwar diese Ehe; trotzdem arbeiten seit jener Zeit die Eulenburgs nicht mehr gegen Bismarck, wie dieser es aufgegeben hat, den unfruchtbaren Kampf gegen die Kamarillastücke fortzusetzen. Alle anderen Ministerposten kann er nach Belieben belegen, — an der Eulenburg'schen Stellung erlahmt auch sein Einfluß.

Der junge, aalglatte Hofmann Eulenburg II. hat es nun seit dem Hölde'schen Ausschuß verstanden, bei Hofe die Furcht vor Attentaten, Revolution und Sturz der Dynastie wachzurufen und immer mehr zu befestigen. Die Ablehnung des Höldegesetzes gab die erwünschte Gelegenheit, die zahmen Liberalen als „verkappte Republikaner“ darzustellen, denen der Sturz der Monarchie gar nicht so unlieb sei und die durch Ablehnung jenes Gesetzeswerkes dafür einen Beweis geliefert hätten. Als nun gar Dr. Nobiling's Schrotschuß das Leben des alten Königs ernstlich in Gefahr brachte, trugen die Einflüsterungen der Eulenburg'schen Kastei ihre Früchte. Der Idiot Hölde wurde geköpft, weil er ein Loch in die Luft geschossen hatte; der fünfsache Raubmörder Thuroff dagegen wurde begnadigt!

Um nun die Verdächtigung gegen den Liberalismus besser betreiben, sich selbst aber als einzigen Hort und Schirm von Thron und Leben der Hohenzollern aufspielen zu können, hatte Eulenburg zweierlei nöthig. Einmal mußte eine königsmörderische Verschwörung gefunden oder erfunden werden. Selbstredend bot die am meisten nach links stehende Partei dafür die meisten Anhaltspunkte. Deshalb wurde Nobiling zum Sozialdemokraten gestempelt, alle Beweise für das Gegentheil wurden unterdrückt oder offiziell abgelehnt. Diese gefährvolle Verschwörung sollte und mußte aber auch in Permanenz erklärt werden, um die etwa mit der Zeit verschwindende Furcht immer wieder neu anzufachen und jede Heranziehung liberaler Personen hintertreiben zu können.

Dazu wurde der „kleine“ Belagerungszustand erfunden. Bei Verhängung des wirklichen Belagerungszustandes über Berlin wäre ein General, ein alter Haudegen, an die Spitze gekommen, der sehr bald eingesehen und es dann vielleicht auch ausgesprochen hätte, daß von Verschwörungen in Berlin keine Spur zu entdecken wäre. Das hätte die Behauptung Eulenburg's vägen gestraft. Beim kleinen Belagerungszustand hat der Minister des Innern alle Fäden in der Hand, läßt sich seine Berichte so machen, wie er sie zur Einschüchterung nach Oben gebraucht und kann von keiner Seite widerlegt werden. Man lese die Reden Eulenburg's im Landtag und Reichstag nach, — immer wieder kommen geheimnißvolle Andeutungen und Anspielungen von Gefahren für das Leben des Königs, immer wird wiederholt, daß man „heilige Interessen“ zu schützen habe und ohne diesen kleinen Belagerungszustand für die Sicherheit der königlichen Familie nicht einstehen könne. Das hat gewirkt und wirkt durch die sich täglich wiederholenden Einflüsterungen des Ministers, der Adjutanten, Kammerherren, Garderobiers, Lafeien und weiblichen Umgebung (mit welcher die Eulenburg's von jeher besonders intim sind) noch immer fort.

Bei den liberalen Anschauungen, die der Kronprinz — wie jeder Kronprinz — zur Schau trägt, war zu fürchten, daß beim Tode des Königs ein Personewechsel beliebt werden würde, um den Schein eines liberaleren Regiments zu wahren. Dem suchte nun Eulenburg durch geschickte Verdächtigung aller liberalisirenden Elemente vorzubeugen. Zu der durch alle offiziellen Blätter unterstützten Behauptung, daß die Fortschrittler, ja selbst die Nationalliberalen à la Forckenbeck „verkappte Republikaner“ seien, erfand Eulenburg das zur Erreichung seiner Zwecke nöthige zweite Moment. Wir haben es erlebt, daß man die Fortschrittler in einem offiziellen Aienstück als Republikaner bezeichnete und wurde diese lächerliche Behauptung sogar im Reichstage von Eulenburg als ganz zutreffend vertheidigt.

Eulenburg's Einfluß ist durch diese Intrigen jetzt weit größer, als der Bismarck's. In Hoffreisen behauptet man, Eulenburg sei bei einem Thronwechsel schon längst als Nachfolger Bismarck's ausgewählt; man hält ihn aber für zu

flug, als daß er diese exponirte Stellung annehmen würde. Das Sozialistengesetz, der Belagerungszustand, die Ausweisungen liefern ihm dadurch, daß sie die Furcht oben nicht einschleusen lassen, die Mittel, seinen Einfluß auch auf seinem heutigen Posten nicht verringern zu lassen.

Ein Theil der ultraradikalen Partei und ebenso die Hofpredigerliste sind in diese Intrige eingeweiht. Indessen halten sich die Hofprediger, welche bis jetzt keinen Einfluß bei der religiös freisinnigen Richtung des kronprinzlichen Hauses haben, klüglich zurück und bearbeiten nur den alten König, welcher wegen der Enthronung der Welfen von Gewissensbissen geplagt wird. Eulenburg spielt den religiös Indifferenten, um nirgends anzustoßen. — So spielt man dem Hof und dem Volk gegenüber Komödie, nur um der persönlichen Interessen einer Kamarilla wegen!

Die Attentatsfurcht will aber doch nicht in dem Maße vorhalten, wie Eulenburg es wünscht; daß man in Berlin nicht die geringste Verschwörung entdecken konnte, läßt jetzt Zweifel an der Richtigkeit der Eulenburg'schen Darstellung aufstehen. Deshalb wird der Versuch gemacht, den Verschwörungsherd als in Leipzig oder sonstwo stehend hinzustellen. Da sich nun aber kein deutscher Fürst das Armuthszugniß ausstellen und den Belagerungszustand in seinem Lande haben zu wollen scheint, muß der Senat von Hamburg Eulenburg den Viebesdienst erweisen und der Gelpensierfürst der Hohenzollern neue Nahrung geben.

Das ist es, was sich hinter den Kulissen begeben hat und begibt. Und der gute deutsche Michel merkt gar nicht, daß ihn ein geriebener Junker an der Nase fährt!

Bemerkungen eines Sozialdemokraten über den Anarchismus.

II.

Wir zeigten in unserm vorigen Artikel, was von der „absoluten Freiheit“, die uns die Anarchisten vormalen, zu halten ist, daß sie in der Praxis nur eine größere Abhängigkeit des Menschen von der Natur, von den Verhältnissen zur Folge haben muß, daß sie die Herrschaft dessen, was wir heute Zufall nennen, bedeutet. Diese Herrschaft erscheint den Anarchisten als die erträglichere gegenüber der Herrschaft irgend einer Majorität über eine Minorität.

Wir bestreiten nun zunächst, daß in einem kommunistischen Gemeinwesen von einer solchen Herrschaft einer Majorität die Rede sein kann. Der moderne Kommunismus setzt volle Gleichberechtigung aller Gesellschaftsangehörigen voraus, es wird in ihm sicher in den öffentlichen Angelegenheiten Majoritäten und Minoritäten geben, dieselben werden aber niemals stabil sein, und zwar weil der wesentlichste Faktor stabiler Parteibildungen, die Klassenunterschiede, fehlen. Und während gerade der Bürger des kommunistischen Gemeinwesens vor der Gefahr stabiler Interessensparteiungen durch die Solidarität mit dem großen Ganzen geschützt ist, hat die Anarchie die Bildung solcher Interessenskreise nicht etwa nur zur Folge, sondern sogar zur Voraussetzung.

Die Gefahr der Atomisirung der Menschheit in beliebige Produktionsgruppen mit Sonderinteressen haben wir bereits in unserm vorigen Artikel unter Bezugnahme auf industrielle Verhältnisse angedeutet, wir wollen hier einige weitere Beispiele aus einer noch näher liegenden Sphäre wählen.

Es ist selbstverständlich, daß die Erde mit ihren Schätzen weder Eigentum einzelner Individuen noch einzelner Gruppen sein darf, sie gehört der Gesamtheit. Soviel gestehen wohl auch die Anarchisten zu. Dagegen wollen sie die Ausbeutung des Bodens, der Bergwerke u. u. freien Assoziationen von Landarbeitern, Bergleuten u. u. überlassen wissen. Das klingt sehr verlockend, betrachten wir uns daher das Ding etwas näher. Die Produktionsgenossenschaft der Landarbeiter z. B. ist in erster Linie lokal; es steht ihr frei, sich mit anderen zu assoziieren, sie ist aber nicht dazu gezwungen. Sie wird es thun, wenn es ihr vortheilhaft erscheint, es unterlassen, wenn es ihr Unbequemlichkeiten verursacht. Sie kann ferner wirthschaften, wie es ihr beliebt; sie kann die Frucht kultivieren, die ihr behagt, sie kann Raubbau treiben, Wiesenkultur u. u., kein Mensch hat ihr etwas dreinzureden.

Werden aber die übrigen Gruppen das so stillschweigend mitanzusehen, ja mitanzusehen können? Der Boden läßt sich nicht beliebig vermehren, seine Ertragsfähigkeit hat ihre Grenzen, unter einer irrationalen Kultur leidet nicht nur der Landarbeiter, sondern auch die Gesamtheit. Selbst der launhafteste Anarchist will vor allen Dingen zureichende Nahrung haben, die freie Landarbeiterassoziation denkt aber in erster Reihe an sich. Und wenn es ihr nützlich erscheint, Wiesenkultur zu treiben, so wird sie, wir weihen zehu gegen eins, auf die vegetarischen Neigungen selbst eines Elisee Reclus wenig Rücksicht nehmen. Aber lassen wir den Scherz — wir sind selbst so eine Art Pflanzenfresser — die Sache ist sehr ernst. Dem gehört der Ertrag des Bodens? Nun, der betr. Ackerbauerngenossenschaft, antwortet uns der Anarchist. Wir fallen aus den Wolken. Eine Gruppe Menschen ergreift Besitz von einem Territorium, bebaut es nach Belieben, der Ertrag gehört lediglich ihr — das Privateigenthum am Boden ist in schönster Form wiederhergestellt, nicht dem Namen aber doch der Sache nach, nur daß nicht Peter und Paul, sondern Gruppe X und Gruppe Y Eigenthümer geworden sind. Die Bodenernte ist gerettet!

Gehen wir von der eigentlichen Landwirthschaft zur Forstwirtschaft im Speziellen über. Die Bedeutung des Waldes ist so allbekannt, daß sie längst schon Gemeinplatz geworden ist. In den vorgeschrittenen Staaten ist man längst dahin gekommen, die Verwaltung der Wälder dem Belieben der Einzelnen immer mehr zu entziehen; wo es dagegen unterlassen wurde, hat man es bitter büßen müssen. Dem gehört der Wald in der anarchischen Gesellschaft? Der freien Forstgenossenschaft? Oder steht es etwa jedem „freien Bürger“ frei, nach Belieben seinen Bedarf abzuholen? Für beide Fälle möchten wir uns höchstens bedanken. Wir haben den Unterschied zwischen Gemeindeforst und Staatsforst zu gut kennen gelernt, um die rationelle Waldkultur einem falschen Freiheitsbegriff aufzu-

opfern. Man könnte uns hierauf entgegen, daß ja die Anarchie die rationelle Kultur nicht ausschließt. Möglich, aber sehr unwahrscheinlich. Wer hätte dafür zu sorgen? Die Interessenten etwa? Aber die freien Fortschrittskämpfer werden sich den Teufel um die Landwirthe scheeren, sie werden ihnen aus Preßler Bd. X, Kapitel V nachweisen, daß der Wald keinen anderen Zweck habe, als seinen Bedauern möglichst hohen Ertrag zu gewähren, und sie werden diesem Grundsatz so lange folgen, bis sie eines Tages von den Landwirthen zum Teufel gejagt werden. Interessentenkoalition gegen Interessentenkoalition — O, anarchischer Neophyt, Deiner Banke Kell hängt in Fegen herab.

Mit der Waldwirtschaft steht in gewisser Verbindung die Wasserwirtschaft. Hier läßt uns die „Solidarität der Interessen“, wie sie von den Anarchisten aufgefaßt wird, vollends im Stich. Die Bergbewohner betrachten die Bäche und Klüfte aus ganz anderen Gesichtspunkten, als die Bewohner der Niederungen oder als die Stromschiffer u. Eine rationelle Wasserwirtschaft ist nur möglich, wenn jede der Interessentengruppen den Bedürfnissen der übrigen Rechnung trägt. Wiederum mehr wie unwahrscheinlich. Die in Frage kommenden Gruppen wohnen schon räumlich zu weit auseinander, um ihre Eigeninteressen sich gegenseitig zu opfern, der vermittelnde Faktor, das gemeinsame höhere Element fehlt. Der gute Wille, die Liebe, der Zufall sind maßgebend.

Nehtlich steht es mit dem Bergbau. Wer einigermaßen über die bei ihm in Frage kommenden Faktoren nachdenkt, dem muß es klar werden, wie verhängnisvolle Folgen es haben könnte und würde, wollte man den Bergbetrieb dem Belieben einzelner Gruppen überlassen.

Noch bedenkllicher gestaltet sich die Frage nach den Kommunikationsmitteln. Wem obliegt die Verwaltung der Eisenbahnen, Fahrstraßen u. Wer entscheidet über Fahrpläne, Tarife, Anschlüsse u. Freie Vereinbarungen, sagt man uns. Und die allfällige Minorität? Baut sie schnell eine eigene Eisenbahn oder reicht sie der Majorität die Schienen auf, um sich Genugthuung zu verschaffen?

Genug! Wohin wir blicken, stoßen wir auf Widersprüche gegen das Prinzip der „absoluten Freiheit“. Der Indianer, der Fischerteile mögen Anarchisten sein, der moderne Kulturmenschen ist mit tausend Fäden an eine Gesellschaft gekettet, die ihn in immer größerem Maße von der Natur unabhängig macht, die ihm aber auf der anderen Seite, eben um die Natur beherrschen zu können, Beschränkungen auferlegen muß. Und diese Beschränkungen werden um so weniger empfunden, wenn sie auferlegt werden nicht von einzelnen Personen, sondern von der Mehrheit eines Volkes im Interesse der Gesamtheit.

Aber die Mehrheit, das ist der Popanz, vor dem die Anarchisten die größte Furcht empfinden. Dieselben Leute, die das Volk für reif und fähig erklären, alles aus sich selbst zu regeln, die jede Autorität verabscheuen, sie werden plötzlich ultraautoritär, wenn es sich um eine Abstimmung des Volkes handelt. Dann greifen sie hinein in die Ratskammer der liberalen Bourgeoisie und rufen uns entgegen: „Alles Fortschritt ist von Minoritäten ausgegangen.“ Ei freilich findet der Fortschritt nicht über Nacht in den Köpfen aller Eingang, aber es heißt verflucht wenig Vertrauen in die Sache des Fortschritts haben, wenn man fürchtet, daß er sich in einem Gemeinwesen, das keine Sonderinteressen kennt, das auf Gleichberechtigung aller beruht, nicht seine Bahn brechen werde. Im Kommunismus verschwindet das Sonderinteresse dem großen Ganzen gegenüber, bei der Anarchie wird das große Ganze dem Sonderinteresse preisgegeben.

Darum, ob Ihr Euch hundertmal antiautoritär nennt, wir kennen Euch besser. Wir haben uns nur zu lange von den Phrasen eines solchen Antiautoritäriers dämpfen lassen. Derselbe, Herr Dühring, der nicht leidenschaftlich genug gegen den freihändlermordenden Marx'schen Staatskasten losdonnern konnte, er schmunzelte wohlgefällig, als sein Abraham Eng allen Ernstes die deutschen Arbeiter aufforderte, die Unterdrückung der Engels'schen Artikel im Vorwärts zu verlangen.

Und nun, Berühmtester aller Pantenschläger, Sie haben bis jetzt noch nicht den Muth gehabt, den deutschen Arbeitern ihre neueste Meinungsänderung offen einzugestehen, sondern sich nur erst den Franzosen als Anarchist präsentirt, lassen Sie die Maske fallen, ergreifen Sie den Schlegel und pauken Sie los, wir werden es an der Begleitung nicht fehlen lassen.
Leo.

Die Tschigiriner Affäre.

Der Bauernverein „Tainofa Druschina“ (Geheime Gesellschaft)
Versuch einer revolutionären Organisation im Volke.
(Fortsetzung.)

Die Gemeineigentümer, die, wie ich schon erwähnte, die Mehrzahl des Schabener Bezirks anzmachen, hatten sich bisher immer noch geweiht, den ihnen zuertheilten Boden anzunehmen. Dieser Umstand hauptsächlich gab der Behörde die Veranlassung dazu, sie als ein unzuverlässiges Element zu betrachten, das sogar durch die Exekution nicht gedemüthigt worden. Um die Aufmerksamkeit der Behörde von sich abzuwenden, beschloß die Kettehrada daher, dem Japrawnik zu erklären, daß die Gemeineigentümer endlich geneigt seien, den Grund und Boden nach den Bedingungen der Exekutionsakten anzunehmen. Anknüpfend rief diese Maßregel bei einigen Mitgliedern den Verdacht des Verrathes an dem geheimen Bund hervor. Die Rada bewag aber doch die Druschina darauf einzugehen, und zwar aus folgender Ueberlegung: Die Aneignung des Bodens nach den von der Regierung verlangten Bedingungen werde nicht von langer Dauer sein, da ein baldiger Anstand die Ordnung den Zielen des geheimen Bundes gemäß ändern werde; inzwischen aber würde die Behörde anshören, sie als Rebellen zu verfolgen, und die von ersterer bemerkte Bewegung im Volke lässe sich leicht darstellen als hervorgerufen durch die Zusammenkünfte der Bauern in Betreff der Annahme oder Nichtannahme des Grund und Bodens. Sei einmal ans diese Weise die Aufmerksamkeit der Behörde abgelenkt worden, dann werde es möglich sein, sich mit den inneren Angelegenheiten des Bundes ruhig zu befassen, die Mitgliederzahl desselben genau zu erfahren und zu überwachen, Waffen zu beschaffen und dergl.

Der Ataman und zweite Kettehrada aus Schabensk kamen zu mir nach K—w, um zu erfahren, wie ich mich dieser Verordnungs der Rada gegenüber verhalte. Der Plan war verständig; dessen Resultate aber wurden durch einen plötzlichen Zufall vereitelt.

Dem Schabener Bezirksrathe gelang es, einen jungen Druschinist betrunken zu machen und von demselben in diesem Zustand zu erfahren, daß die Bauern einer gewissen Druschina einen Eid leisten. Genauere Mittheilungen konnte er allerdings von dem Betrunkenen nicht herausbekommen, aber das Erfahrenen genügte schon, um ihn zu überzeugen, daß im Volke eine gefährliche, regierungsfeindliche Agitation geführt werde.

Das Gerücht gelangte an den Gouverneur, von diesem an die Gendarmerieverwaltung, und eine besondere Kommission, mit einem General an der Spitze, eilte nach Tschigirina. Zwei Wochen liefen die Häcker von einem Dorfe ins andere, eine Menge Hausdurchsuchungen fanden statt, aber alles vergebens. Während dieser zwei Wochen stellten die Druschinisten ihre Agitation ein und meldeten beim Heranzücken des Feindes unverzüglich den benachbarten Dörfern die bevorstehende Gefahr.

Dank dieser Vorsichtsmaßregeln kam der Gouverneur zu der Ueberzeugung, daß die Bezirkspolizei aus Uebereifer aus einer Fälschung einen Eigenthum gemacht und befehlt deshalb die Rückkehr der Gendarmerie-Kommission. Man hatte keinerlei Schriftstücke gefunden, keiner der Verdächtigten hatte irgend welche Angaben gemacht. Die Druschinist'athmete wieder frei auf, ja freier als jemals.

(Fortsetzung folgt.)

Sozialpolitische Rundschau.

Schweiz.

Die hochwichtige Revisionsabstimmung, in welcher das Schweizervolk über die ihm von seinen Vertretern vorgelegte Frage zu entscheiden hatte: ob es sich sein Selbstbestimmungsrecht voll und ganz erhalten wolle, jeden Augenblick das an seiner Verfassung abzuändern, was ihm nicht mehr gefällt; oder ob es weniger Rechte haben solle, als seine Beauftragten und sein Souveränitätsrecht nur in einer von diesen willkürlich vorgeschriebenen, beschränkten Form ausüben könne —, diese Volksabstimmung ist jetzt zu Ende und sie ist leider gegen die Volkrechte ausgefallen. Gerade nochmal so viel Bürger stimmten gegen die Theilrevision als für dieselbe (253,000 gegen 122,000). Ein Beweis, wie wenig selbst politisch freie Völker noch ihre Rechte und wahren Interessen kennen und wie leicht sie sich noch von Volksbetrügnern gängeln lassen. Indessen ist die Revision damit keineswegs zu Ende, sondern wird durch den gefundenen Widerstand nur verallgemeinert und vertieft werden.

Die unter den deutschen Sozialisten in der Schweiz schon seit längerem, namentlich aber seit dem mythenen Kongress im Gange befindliche Bewegung zur Herbeiführung einer einheitlichen Organisation im Anschluß an die Partei in Deutschland und zur Erweckung einer thatkräftigen Agitation erhält durch den neuesten Gewaltstreik gegen die deutsche Sozialdemokratie, durch den Belagerungszustand in Hamburg-Altona einen neuen kräftigen Antrieb. Letzten Sonntag abends versammelten sich die deutschen Sozialisten von Zürich und Umgebung zahlreich in öffentlicher Sozialistenversammlung im Versammlungslokal der Internationale (das vollkommen gefüllt war), um laut gegen die schändliche Gewaltthat der deutschen Regierung zu protestiren. Nachdem drei Genossen das Vorgehen der Regierung gekennzeichnet, die Gründe derselben beleuchtet und auf das notwendige Ende mit Schrecken, das dies infame Reaktions-treiben in nicht zu ferne Zeit nehmen muß, hingewiesen, folgte die Versammlung — an welcher auch mehrere österreichische, schweizerische, russische und polnische Genossen theilnahmen — folgenden Beschluß:

„Die am 31. Oktober 1880 im Café Kessler tagende Versammlung deutscher Sozialisten in Zürich, erklärt, daß sie in der Verhängung des kleinen Belagerungszustandes über Hamburg und Umgebung einen weiteren Schritt zur Rechtslosmachung eines wesentlichen Bruchtheils des deutschen Volkes erblickt. Die seit herige Haltung der deutschen Genossen gibt ihr die feste Ueberzeugung, daß dieser neueste Gewaltakt, insofern er gegen die Sozialdemokratie gerichtet ist, seinen Zweck nicht erreichen wird, daß vielmehr, entsprechend den wachsenden Verfolgungen, auch sozialistischerseits der Eifer, der heutigen politischen und sozialen Mißwirtschaft in Deutschland ein Ende zu machen, sich mit jedem Tage steigern wird. Außerhalb des Gesetzes gestellt, wird die deutsche Sozialdemokratie jedes Mittel anwenden, um im Volke glühenden Haß gegen das heute in Deutschland herrschende System und seine Träger zu erregen, und sie wird von dieser Thätigkeit nicht ablassen, bis das deutsche Volk seine wahren Feinde erkannt und ihrer Herrschaft ein Ende gemacht hat.“

An die deutschen Sozialisten im Auslande aber richten die Anwesenden die Aufforderung, die neue Gewaltmaßregel der deutschen Regierung dadurch zu beantworten, daß sie sich thatkräftig organisiren, um ihre Brüder in Deutschland wirksam zu unterstützen.“

Im weiteren Verlauf der Versammlung machten die Zürcher Deutschen ihre Aufforderung an die Genossen der übrigen Schweiz gleich an sich selbst zur That, indem sie sofort eine Mitgliedschaft der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands gründeten. Derselben traten sogleich 46 Mitglieder bei, welche Zahl sich seitdem auf 55 gesteigert hat und binnen kurzem das Doppelte erreichen dürfte. Die Mitgliedschaft wählte hierauf die Gen. Beyrer und Bernstein als Delegirte zur älteren Delegirtenversammlung. Auch der bald fallenden Opfer des neuen Belagerungszustandes ward gedacht, indem eine Sammlung vorgenommen wurde, welche den Betrag von Fr. 18,50 ergab. — Es ist zu erwarten, daß ähnliche Versammlungen auch an anderen Orten der Schweiz, wo es zahlreiche Deutsche gibt, stattfinden werden, wodurch unsere Sache in ersterer Weise gefördert werden wird.

Zu den Zürcher Organisations-Vorschlägen (Nr. 40 des „S. D.“) sind bis jetzt Bestimmungen eingelaufen von Basel, Frauenfeld, Winterthur, St. Gallen, Zug, Luzern. Mehrere andere Vereine werden sich ebenfalls betheiligen, haben sich aber noch nicht offiziell ausgesprochen; von einer Anzahl Vereinen steht Mittheilung noch aus. Die Versammlung der deutschen Delegirten in Ulm findet am Samstag nachmittags 4 Uhr im Gasthaus zur „Wartburg“ statt. Der Zeitpunkt der eigentlichen Delegirtenversammlung hängt von dem Fortgang der Kongressarbeiten ab und wird von den Delegirten selbst bestimmt.

Deutschland.

Das wichtigste Ereigniß ist für uns die Verhängung des famosen „kleinen Belagerungszustandes“ über Hamburg-Altona und Umgebung. Wir haben dieselbe von ihrer prinzipiellen Seite schon an anderer Stelle behandelt. Hier nur noch eine Bemerkung, welche das ganze „System“ kennzeichnet. In das „belagerte“ Gebiet sind u. a. auch die sämmtlichen Güter des Fürsten Bismarck eingeschlossen. Hat nun schon jemand ge-

hört, daß es dort Sozialdemokraten gibt? Kaum; das ist aber auch nicht nötig. Selbstverständlich wird diese Maßregel ebenso wie der Belagerungszustand in Berlin damit „begründet“ werden, daß es dort „ein dem deutschen Volke theueres (und wie theueres!) Haupt zu schützen gilt“. Dieses Haupt fürchtet sich aber nicht nur vor Attentaten, sondern kriegt seine Nerven, sobald es einen steifen Nacken sieht. Also fort mit jedem aus seiner Umgebung, der ihm ein Kergerniß ist! Aber das ist nicht alles. Bismarck hat schon seit Jahren schweren Kergerniß mit den Wildschühen, die sich in seinen Wäldern herumtreiben, sich aber leider nie erwischt lassen. Welche schöne Gelegenheit da der Belagerungszustand, der die Ausweisung jedes der „unrechtmäßigen“ Jägerlei Verdächtigen gestattet. Zu den „theueren Häuptern“, die das Sozialistengesetz schützen muß, zählen also fortan auch die Hasen, Füchse, Hirsche und Säue des Sachsenwaldes. Um solch' hoher Güter kann es freilich nicht in Betracht kommen, wenn viele Tausende von Bürgern sammt ihren Familien am Anfang des Winters von ihrem Heim und Brod vertrieben und in Noth und Elend gejagt werden!

— Alle hoblen Schädel in Preußen — und es gibt dort wie überall nicht wenige — sind außer sich vor Freude. „Vierzehn Millionen Mark Steuererlässe“, kündigte die Thronrede des soeben eröffneten Landtags an. Das war noch nicht da. Wenn das kein „Erfolg“ der bismarckischen Wirtschaftspolitik ist! In Wahrheit steht die Sache natürlich ganz anders. Die durch Erträgnisse der riesigen Zölle, zu große Ausgaben-Voranschläge und sonstige Finanzkürste „ersparten“ 14 Millionen machen auf den Kopf der untersten Steuerklasse gerade — 75 Pfennige „Steuererlaß“! Dem gegenüber aber stehen nach geringen Berechnungen für denselben „kleinen Mann“ und seine Familie mindestens 50—80 M. Mehrausgaben in Folge der durch die Zölle bewirkten Lebensmittelvertheuerung. So treibt man Volksbeglückung! Und doch wird der Schwindel seinen Zweck nicht verfehlen, denn die Dummheit ist noch groß genug, daß dieser „Steuererlaß“ als gutes Agitationsmittel für die Regierung dient. Und wenn er dann seine Wirkung gethan, dann wird man auch diese 14 „erlassenen“ Millionen wieder nachzuholen wissen.

— Wie im neunzehnten Jahrhundert beim „Volk der Denker“ die Diensthöfen behandelt werden, ist aus nachstehender a. m. l. i. c. h. e. n. durch den Gemeindevorstand der thüringischen Stadt Apolda bestätigten und vom preussischen Landrathskam zu Namslau „zur Warnung der betheiligten Kreise“ veröffentlichten Meldung ersichtlich:

„Kleinemstedt, den 5. August 1880. Im Dorfe Großremstedt bei Apolda befinden sich mehrere Gutsbesitzer, welche durch die schlechte Behandlung und Beköstigung ihrer Diensthöfen in hiesiger Gegend weit bekannt sind, und da letztere oft sehr merkwürdig durchgeprügelt werden, so erhalten fragliche Herrschaften keine Diensthöfen aus hiesiger Gegend; — es ist ihnen aber gelungen, Gesindevermiether in Breslau ausfindig zu machen, und durch diese werden nun Diensthöfen aus der Umgegend von Breslau nach obigem Orte an fragliche Herrschaften gleich einem Seelenhandel durch lägenhafte Vorspiegelungen vermietet. Es verspricht der Vermiether dem Diensthöfen, er kenne hiesige schöne Gegend sowie auch die Herrschaften sehr gut, sie hätten es weit besser wie in Schlessen, mäßige Arbeit und hohen Lohn. Durch diese Vorspiegelung, wobei auch dem Diensthöfen jedesmal freie Reise hierher zugesichert wird, läßt sich dieser verlocken, einen ihm vorgelegten Miethsvertrag zu unterschreiben, welchen er vorher nicht durchgelesen bekommt und geht hierauf nach Großremstedt. Dasselbst angekommen, werden ihm die Kleider eingeschlossen, damit er nicht flüchten kann und damit geht die Sklaverei an; er muß arbeiten von 4 Uhr früh bis 10 und 11 Uhr abends, und zwar bei sehr schlechter Kost; ist nun der Diensthöfen erschöpft, so wird er gehörig mit Reitpeitsche und anderen Züchtigungsmitteln durchgeprügelt, auch muß er zunächst $\frac{1}{2}$ Jahr für das ihm versprochene Reise- und Mädelgeld dienen; Sonntags müssen die Diensthöfen arbeiten wie in der Woche, der Besuch der Kirche wird ihnen nicht gestattet, ist der Diensthöfen katholisch, so wird ihm sein Glaube vorgeworfen, wie dies beim Dekonom Weischer zu Großremstedt der Fall ist. Derselbe gebraucht die Redensart: „Du katholischer Donnerwetterast, Du katholischer Pastor“ u. s. w. Wie derselbe seine Dienstmädchen, die Auguste Adler aus Sackerau und Marie Rabe aus Margareth bei Breslau, im vorigen Monat gemißhandelt hat, ist dem Herrn Oberbürgermeister wohl bekannt, und da ich es für meine Pflicht halte, daß die königlichen Regierungen zu Breslau und Pöppeln von diesem grausamen Menschenhandel, welcher durch 4 Gesindevermiether in Breslau vollzogen wird, in Kenntniß gesetzt werden, so unterlasse ich nicht, einem verehrlichen Gemeindevorstand als Gesindepolizeibehörde hiervon gehorsamst Kenntniß zu geben. Kummer, Gendarm.“

Hört sich das nicht ganz so an, als ob von — Sklavenbehandlung die Rede wäre? Unter falschen, zur Erreichung eines rechtswidrigen Vortheils angewandten Vorspiegelungen angelockt, des rechtmäßigen Eigenthums mit Gewalt beraubt, zu 17—18-stündiger Arbeitszeit gezwungen, beschimpft, gepeitscht und auf jede Art mißhandelt, ohne Sonntagsruhe und um einen Hungerlohn — selbst ein Gendarm, ein zur Aufrechterhaltung der heutigen vorreflexiven „Ordnung“ aufgestellter Beamter, nennt das Sklaverei! Und alle diese Dinge und deren gewohnheitsmäßige Ausübung seitens der Gutsbesitzer sind „dem Herrn Oberbürgermeister wohl bekannt“. Werden die schustigen Thäter aber deswegen nach Gebühr bestraft? Keine Rede. Die armen Diensthöfen, die in der Gegend fremd und ohne Hülfsmittel sind, werden kaum wagen, gegen ihre „angekommenen“ Peiniger Klage zu führen; daß die Behörden aber aus eigenem Antrieb dieser infamen Entrechtung und Mißhandlung ein Ende machen — nein, das geht nicht, dazu geben ihr die „Gesetze“ nicht das Recht. Und wenn sie ihr das Recht geben, so sind die Gesinde-schinder doch reiche, einflußreiche Leute und an diese wagt man sich nicht sogleich mit Hausdurchsuchungen, Anklagen, Verhaftungen und Bestrafungen, wie an die — Sozialdemokraten. Ja, es ist schon viel, sehr viel, daß man ihre kapitalistischen Heldenthaten nur „zur Warnung“ veröffentlicht hat; ja, der gewissenhafte thüringische Gendarm darf am Ende noch froh sein, wenn er nicht noch eine Nase bekommt wegen seiner Anzeige. Was nicht aber die Warnung die armen Leute, die gezwungen sind, ihre Arbeit als Diensthöfen zu verkaufen? Bleibt ihnen eine große Wahl?

